

GEMEINSAMES POSITIONSPAPIER
VON MISEREOR UND GREENPEACE:

Gefahren der russischen Invasion in der Ukraine auf die Welterrnährung aktiv angehen

Wir sind tief erschüttert über den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg mit vielen Toten und Verletzten, den Russland in der Ukraine führt. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die schreckliche Angst um ihr Leben und die Zukunft ihres Landes ausstehen. Gleichzeitig machen wir uns große Sorgen um die Bedeutung des Krieges für die internationalen Ernährungssysteme und Millionen Menschen, deren Recht auf Nahrung verletzt oder gefährdet wird. Die Ukraine ist in den vergangenen Jahren ein zentraler Produzent für Weizen, Mais und Ölsaaten gewesen und hat zahlreiche bevölkerungsreiche Länder in Nordafrika und im Nahen Osten mit Lebensmitteln versorgt. Diese Exporte drohen in diesem Jahr durch den Krieg vollständig auszubleiben. Hindernisse im Export von Lebensmitteln, Düngern, und Energieträgern aus Russland und Belarus verschärfen die Situation.

Preissprünge bei Lebensmitteln sind lebensbedrohlich für Millionen Menschen, die in Armut leben. Im Schatten der COVID-19 Pandemie haben Armut und steigende Preise schon vor der Invasion Russlands zu einer Welle des Hungers geführt. Allein von 2019 auf 2020 ist die Zahl der Hungernden um 118 Millionen auf bis zu 811 Millionen gestiegen. Der Krieg in der Ukraine erhöht nun Nahrungs- und Energiepreise nochmals und schneidet so viele weitere Familien vom Zugang zum Nötigsten ab. Verschärft durch die Pandemie fehlt vielen Staaten des Südens der Spielraum, durch soziale Maßnahmen auf die Notlage zu reagieren. Gleichzeitig werden internationale Hilfslieferungen teurer und somit knapper. Deutschland und die internationale Gemeinschaft müssen daher nun dringend für das Menschenrecht auf Nahrung eintreten und Maßnahmen ergreifen, die die Preise von Grundnahrungsmitteln in



› Ländern des Südens dämpfen und die Versorgung der dortigen Bevölkerung gewährleisten. Die Fragen der Welternährung sollten

dabei aber vor allem nicht über die Köpfe der anderen Länder hinweg entschieden werden.

Um kurzfristig die Folgen des Kriegs und der COVID-19 Pandemie abzdämpfen fordern wir:

1. Deutschland und die anderen G7 Staaten müssen sich für eine internationale Koordination zur Bekämpfung der verschärften Hungerkrise im Welternährungsrat einsetzen.
2. Trotz Sanktionen müssen Wege für den internationalen Nahrungsmittelhandel offengehalten werden.
3. Reiche Staaten müssen umfassende finanzielle Verpflichtungen zur Stärkung sozialer Sicherungssysteme im Globalen Süden machen.
4. Zur Stabilisierung der Lebensmittelpreise für Grundnahrungsmittel sind umgehend Maßnahmen zur Senkung des Verbrauchs von Getreide und Ölsaaten als Energieträger zu prüfen.
5. Der Einsatz von Brotgetreide als Futtermittel zur Erzeugung von Fleisch für die reichen Länder ist gerade in der jetzigen Situation nicht akzeptabel und muss mit geeigneten Mitteln deutlich reduziert werden.
6. Die globale Abhängigkeit von Lebensmittel-, Dünger-, und Energieimporten muss langfristig gesenkt werden. Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Ausbau der Agrarökologie ist dazu der beste Schritt.

Begründung: Der Nahrungsmittelhandel muss trotz Sanktionen aufrechterhalten werden. Mit sozialen Transfers kann denen geholfen werden, die vom Zugang zu Nahrung abgeschnitten wurden. Dabei können insbesondere die G7 schnell Kapazitäten schaffen, um gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft über geeignete Maßnahmen zu entscheiden.

Die stärkere Verwendung von Lebensmitteln und Land für den direkten Konsum, statt für Futtermittel und Energieträger bietet dabei einen entscheidenden Hebel.

Langfristig müssen die globalen Ernährungssysteme resilienter und die Ernährungssouveränität gestärkt werden. Neben Krieg und wirtschaftlichen Krisen erhöht der Klimawandel zunehmend das Risiko für die globale Ernährung.

Mit Blick auf die akute Situation gilt es vor allem langfristig die Abhängigkeit von Lebensmittel-, Energie-, und Düngerimporten zu reduzieren. Es gilt dabei aber auch die natürlichen Grundlagen unserer Ernährung und unseres Überlebens zu sichern. Agrarökologische Produktionssysteme, welche diese Faktoren beachten, sollten daher gefördert werden. Maßnahmen, welche Klima und Biodiversität zugunsten kurzfristiger Ertragssteigerungen schädigen und die verborgenen Kosten ignorieren, sind keine Option.

Es gilt nach wie vor – Hunger ist vor allem ein Problem, welches durch Armut verursacht wird. Die Reduzierungen der übermäßigen Fleischerzeugung und Agrarsprit müssen Teil einer internationalen Antwort sein, die wir letztendlich nur gemeinsam mit den Ländern des Globalen Südens finden können.

GREENPEACE

Greenpeace Germany
Hongkongstraße 10
20457 Hamburg, Germany
www.greenpeace.de

MISEREOR
IHR HILFSWERK

MISEREOR e.V.
Mozartstraße 9
52064 Aachen, Germany
www.misereor.de